

Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei und des Verbands deutscher Arbeitervereine.

No. 22.

Leipzig, den 29. Mai.

1869.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$ Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nimmt entgegen Herr **G. Richter**, Peterssteinweg 7, **Leipziger Consumverein**, Universitätsstraße, und die **Expedition d. Blattes** in der Wohnung des Herrn **A. Bebel**, Petersstraße 18. Für Dresden Filial-Expedition (interimistisch) **M. Seidel**, Wallstraße 10. Agent in London für England, Indien, China, Japan, Australien, Südamerika etc. die deutsche Buchhandlung von **Franz Thimm**, 24 Brook Street, Grosvenor Square, London. Agent für London: **A. Duenfing**, Foreign Bookseller, Librarian and Newsagent, 8, Little Newport Street, Leicester Square, W. C.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Aus England. — Die Arbeiter und das Leipziger Tageblatt. — Aufruf an die Metallarbeiter aller Länder. — Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter. — Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten in Magdeburg, Tannenberg bei Geyer, Grimnischau, Zeulenroda, Bruch a. d. Mur, Löttau bei Dresden, Geyer, Leipzig. — Anzeigen. — Beilage: Die Leipziger Handarbeiter-Genossenschaft und die Polizei. — Volksversammlung der sozial-demokratischen Partei in Wien (Schluß.)

Politische Uebersicht.

Am Sonntag und Montag hatten in Frankreich die Neuwahlen für den gesetzgebenden Körper statt. Das Gesamtergebnis läßt sich noch nicht überschauen, Eins steht aber fest: die Opposition wird in der neuen Kammer einen weit entschiedeneren Charakter tragen, als in der alten. In Paris sind die Republikaner Bancel und Gambetta mit überwältigender Mehrheit gewählt worden — ersterer gegen den elenden Kaiserdemokraten Ollivier —, und in keinem der hauptstädtischen Bezirke ist ein Anhänger der Regierung durchgekommen oder hat Aussicht, bei der engeren Wahl, die in mehreren Bezirken notwendig ist, durchzukommen.

An eine Majorität der Regierungsfeinde ist natürlich nicht zu denken. Abgesehen von der Leichtigkeit, mit der die Behörde das Ergebnis der Abstimmung direkt fälschen kann*, ist die große Mehrzahl des Volks in Frankreich, wie in den übrigen europäischen Culturstaaten, noch zu unentwickelt, um sich den Einflüssen der Regierung entziehen zu können, und muß der politische Kampf von einer Minorität geführt werden, ihr aber fällt mit dem Sieg auch jene Masse der Ungebildeten und Trägen zu! So thöricht unter solchen Verhältnissen die Hoffnung ist, den Zsarismus zu stürzen, so erhellt doch auch auf der andern Seite, wie wichtig es ist, daß der gegen das Regierungssystem ankämpfende Theil des Volks die bisherige Opposition als zu zahm verdammt und sich für eine energiereichere Angriffsweise erklärt hat.

Hierin — das muß Jedem einleuchten — liegt eine große Gefahr für Bonaparte und ein scharfer Sporn zur beschleunigten Ausführung jener Kriegsplane, mit denen er sich seit dem Frühling des vorigen Jahres trägt. Doppelt bedeutend klingt daher die Nachricht, der französische Gesandte habe in letzter Zeit in Berlin die Frage der Gebietsentschädigung (Compensation) angeregt, oder aus der preussischen in die deutsche Sprache übersezt — denn Bonaparte wird sich wohl hüten, durch Gebietsforderungen politisches Kapital für Preußen zu machen — Frankreich habe eine drohende Haltung angenommen und an Biarritz erinnert.

Biarritz, das heißt Landesverrath. Und zum Landesverrath stimmt der Staatsbankrott. Jener die Wirkung der „Blut- und Eisenpolitik“ nach Innen, dieser die Wirkung nach Außen. Hr. von der Heydt, der preussische Finanzmini-

ster, mußte vergangene Woche in einer besonderen Denkschrift die völlige Zerrüttung der preussischen Finanzen zugestehn, und zugestehn, daß diese Zerrüttung vom Jahr 1866 her datirt. Und Graf Bismarck hatte die Offenheit, zu sagen, die Finanzzerrüttung sei wahrscheinlich noch ärger, als Hr. von der Heydt sie dargestellt habe! Näheres findet der Leser in dem weiter unten folgenden Brief aus Berlin.

Neue „Enthüllungen“ stehen bevor. Dem Hohenzollernknaben Karl in Rumänien ist eine Kassette mit sehr wichtigen Papieren „gestohlen“ worden, und obwohl der „Dieb“ entdeckt ist, so hat sich doch die Kassette sammt Inhalt bis dato noch nicht wiederzufinden. Wenn man bedenkt, daß der Knabe Karl, der unmittelbar vor dem 1866er Krieg durch eine russisch-französisch*-preussische Intrigue auf den rumänischen Thron erhoben ward, nur ein vorgehobener Posten der Bismarck'schen Politik ist, so kann man sich nicht über das „unangenehme Aufsehen“ wundern, das dieser „Kassettendiebstahl“ in gewissen Berliner Kreisen erregt.

Die allgemeine Lehrerversammlung, welche während der Pfingstfeiertage in Berlin tagte, entspricht, soweit wir es jetzt schon übersehen können, genau der Schilderung, welche seinerzeit in diesen Blättern von der Kasseler Versammlung entworfen wurde. Mit den gehaltenen Vorträgen haben wir uns hier nicht zu beschäftigen; was uns interessiert, ist die unter den 3000 anwesenden Lehrern herrschende Temperatur und diese war unstreitig überwiegend national-liberal: ein dufeliges Grauen vor allen „extremen Richtungen“ d. h. vor Mätern einer- und Radikalismus andererseits, und unteroffizierhafte Begeisterung für das glorreiche Jahr 1866 (z. B. bei Gelegenheit der Rede Kochmann's).

Es beweist dies, daß unsere deutschen Lehrer größtentheils selber noch der Belehrung sehr bedürftig sind. In Einem und demselben Athem die Schulregulative verurtheilen und die Schlacht von Königgrätz verherrlichen, welche den Schulregulativen entsprossen ist und sie befestigt hat — das zeugt von einer Ideenverwirrung, wie sie bei einem anderen als dem „Volk der Denker“ wohl kaum zu finden sein möchte.

Man schreibt uns aus Berlin: „Nach der Haltung einiger National-Liberalen bei den letzten Steuer-Debatten im Reichstag müßte man auf eine endgültige Verwerfung der Steuervorlagen schließen. Doch glaubt schon die „Zukunft“, und vielleicht mit Recht, aus Lasker's Rede etwas geheime Sehnsucht nach Verständigung herauswittern zu müssen. Die Liberalen wollen die Steuerüberschwemmung eindämmen, ohne die Quelle zu verstopfen, aus welcher die verwüstende Fluth sich ergießt: der Militär-Stat, der alle jene Kosten verschuldet, wird von ihnen als ein noli me tangere** betrachtet, wodurch sie sich mit der auch von ihnen bekämpften Denkschrift des Hrn. v. der Heydt auf einen und denselben Boden stellen. Zimmerlin aber dürfte man es zum größten Theil dieser

*) In Paris stimmten die Demokraten erst am Montag, damit nicht ihre Stimmzettel in der Nacht vom Sonntag auf Montag der „wunderwärtigen“ Thätigkeit der kaiserlichen Beamten ausgesetzt seien.

*) Bismarck war kurz vorher in Biarritz gewesen.
**) „Rühr' mich nicht an!“

finnreichen Denkschrift des großen Finanzkünstlers zu danken haben, daß bis jetzt selbst die National-Liberalen sich wohl oder übel den Steuervorlagen gegenüber abweisend verhalten mußten. Welche werthvollen Geständnisse enthält diese Denkschrift! Klar und deutlich erhellt aus ihr, daß Preußen die Quelle des norddeutschen Bundes-Defizits, daß das preussische Defizit zugleich das des norddeutschen Sonderbundes und daß das preussische Defizit für 1868 weit höher ist, als man bisher angenommen hat. Der „Reichstag“ wird darin förmlich angebettelt, dem verschuldeten Preußen zu Hülfe zu eilen, damit es seine Verpflichtungen gegen den Bund erfüllen könne. In der Denkschrift wird ferner eingestanden, daß das Defizit seit 1866 in progressivem Verhältniß zugenommen hat und noch weit größer geworden wäre, hätte man nicht aus den „annektirten“ Provinzen außerordentlichen Zuschüsse und Baarbestände von in Summa 3,232,000 Thlr. gezogen. Hr. v. d. Heydt theilt uns mit, daß sich das Defizit für 1868 auf 9,863,434 Thlr., also auf beinahe zehn Millionen beziert!

Nachschrift: Soeben erfahre ich, daß das Zollparlament schon auf den 2. Juni einberufen ist. Da von diesem jedenfalls noch weniger als vom Reichstage Geld zu erwarten ist, so liegt die Vermuthung nahe, daß Bismarck demselben angesichts der wieder drohender werdenden Haltung Frankreichs wieder einmal eine nationale Kundgebung im großen Styl zu entlocken gedenkt.

Ueber die bayrischen Landtagswahlen schreibt man uns aus Nürnberg: „Die Wahlen sind vorüber, vorüber ist auch der Siegesjubelrausch unsrer National-Liberalen und bald wird Entnüchterung und Regenjammer darauf folgen. Der bayrischen Volkspartei ist es nicht gelungen, nennenswerthe Resultate (außer Fürtth) zu erzielen. Und wie wäre dies denn möglich gewesen bei einem Wahlgesetz, das nur für Bourgeoise gemacht ist? Wie wäre es möglich, eine Bourgeoisie für die Prinzipien der Demokratie zu gewinnen, die sich vor der großen Arbeiterbewegung, die jetzt durch die ganze Welt geht, dadurch zu retten glaubt, daß sie es macht, wie jener dumme Wüstenvogel, der in der Meinung, daß wenn er den Verfolger nicht sieht, dieser ihn auch nicht findet, seinen Kopf in den Sand ver steckt? — Und meisterlich haben die nationalliberalen Maulhelden die Furcht dieser Philister vor dem „rothen Geistes“ benützt: „Wißt ihr, Bauern, was sie wollen, diese Demokraten?“ sagte der Ihnen schon früher geschilderte Advokat Erhart bei einer Bauernversammlung. „Theilen wollen sie, Euren Grundbesitz wollen sie, um ihn zu vertheilen“ u. s. w. u. s. w. Die Agitationsmittel unsrer National-Liberalen waren ihrer würdig, in Nürnberg und Fürtth, wo die Volkspartei gegen sie in den Kampf trat, benützte man die Furcht vor den Sozialdemokraten, um die Philister zu schrecken. In Augsburg machte dieselbe Partei noch in der letzten Stunde Pakt mit den dortigen Sozialdemokraten, die sich erst für Wahlenthaltung einstimmig entschlossen haben, deren Führer jedoch, der Passalleaner Tauscher, durch die rührenden Worte Stausenberg's und Fischer's übertölpelt, die aufrichtigste Neue über jenen Beschluß aussprach und zur Unterstützung der genannten Herren auf forderte. — Wie nicht mehr zu bezweifeln, ist die Majorität in der neuen Kammer auf Seite der Ultramontanen; die „Mittelpartei“, bisherige Stütze der Regierung, fällt größtentheils und sind ihre meisten erledigten Sitze den National-Liberalen zu Theil geworden. Es ist jedenfalls eine Zusammenstellung der extremsten Parteien und der Art, daß die Regierung als Ausweg Nichts ergreifen kann, als Vorlage eines andern Wahlgesetzes an die Kammer und dann Auflösung derselben. Jedenfalls haben die bayrischen Sozialdemokraten die Aufgabe, unverzüglich eine großartige über das ganze Land verbreitete Agitation für das allgemeine direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung einzuleiten. Die Ultramontanen, die sogenannte „schwarze Gensdarmarie“, wird jedenfalls dafür stimmen, wenn auch die National-Liberalen, die

zwar das allgemeine Wahlrecht „im Prinzip“ anerkennen, aus Klugheitsrücksichten dagegen sein werden. —“

Das Ergebnis der Wahlen, wie es jetzt feststeht, ist: von 154 Abgeordneten sitzen haben die „Ultramontanen“ 77, also genau die Hälfte errungen, während die mehr oder weniger nationalliberale „Fortschrittspartei“ 58, die Mittelpartei 18 und die „Volkspartei“ bloß 1 Kandidaten (unfern Freund Kolb) durchgebracht hat. Unsere Hoffnungen auf Erfolge der Volkspartei sind also nicht verwirklicht worden, was — abgesehen von dem undemokratischen Wahlgesetz — der theilweisen Enthaltung und der mangelhaften Organisation der in Bayern noch sehr jungen Partei zuzuschreiben ist. Nun, darüber können wir uns trösten; die Volkspartei gewinnt mit jedem Tag an Boden, und das allgemeine Stimmrecht, dessen Einführung sich nicht mehr lang verzögern läßt, wird ihr den Sieg geben. Die Hauptsache ist: die preußenfreundliche Partei hat eine entschiedene Niederlage erlitten.

Als bezeichnend sei hier noch erwähnt, daß Hr. von der Pforden überall, wo er aufgestellt wurde, mit Schimpf und Schande durchgefallen ist. Dieses Volkstheil über den Mann, der sich 1866 durch die Bismarckschen Vorspiegelungen eines jenseits der Mainlinie herrschenden Bayernreichs bethören ließ, und die Rolle des Verräthers an seinen Bundesgenossen spielte, kann uns nur mit der höchsten Genugthuung erfüllen.

Die russische Regierung hat den Polen ihr Land, und — so weit es möglich — ihre Sprache genommen, nun will sie ihnen auch ihren Namen nehmen. Ein Ukas bestimmt, daß die Provinzen des „sogenannten“ Königreich Polen hinfort Weichselland heißen sollen! Nur das Hirn eines halb wahn sinnigen Despoten kann eine solche Monstrosität ausbrüten.

Nun — der nächste Krieg muß die polnische Frage entfesseln, und die Vergeltung wird dann beginnen.

Inzwischen ist nach Berichten der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ den Russen bereits ein gefährlicher Gegner erwachsen, und zwar in dem Heimathland Pugatjef's, des stolzen Kosakenhäuptlings, der vor 100 Jahren das russische Czarenreich an den Rand des Abgrunds brachte. Unter den donischen Kosaken ist ein Aufstand ausgebrochen und soll schon die talmüdischen und kirgisischen Steppenvölker am Don und an der Wolga und längs der uralischen Grenze ergriffen haben. Unzufriedenheit mit der im vorigen Jahre beschlossenen Organisation des Kosakenheeres soll der Anlaß der Bewegung sein. „Dieselbe ist jedenfalls, sagt die „Frankfurter Zeitung“, ein Vorspiel dessen, was über das auf den Absolutismus gegründete, keine Volkseigentümlichkeiten schonende, nur auf immer neue Annektionen sinnende Czarenthum, über den russischen Cäsarismus, mit Nothwendigkeit einst hereinbrechen muß.“

Neuere Nachrichten bestätigen die Mittheilungen der „Augsb. Allg. Zeitung“; der Aufstand trägt jedenfalls einen ernsthaften Charakter und wird die russische Regierung in ihrem Entschluß bestärken, Preußen bei dem bevorstehenden Krieg mit Frankreich seinem Schicksal zu überlassen.)

Das italienische Ministerium, dessen Bestand durch die Zuziehung einiger Stellenjäger für den Moment gesichert worden ist, nimmt eine demokratische Maske vor und hat dadurch in sanguinischen Gemüthern den Wahn erweckt, es wolle sich aus der fransösischen Vormundschaft befreien. Als ob sich die „Logik der Thatfachen“ durch einen Ministerialerlaß außer Kraft setzen ließe!

In Spanien der Kampf noch nicht entbrannt.

In Dresden handelt der Stadtrath ganz nach dem Beschlusse der Landesversammlung, welcher die Wahlen zu möglichst beschränkter Minoritätswahlen zu gestalten empfiehlt. Möglicherweise ist er dabei das Opfer einer Täuschung geworden. Im „Anzeiger“ warnte nämlich vor Kurzem ein Anonymus die Konservativen vor falschem Sicherheitsgeföhle, indem er ihnen versicherte, „die extremen Parteien machten die äußersten Anstrengungen, ihre Leute durchzubringen“. Da sich

London 24. Mai.

notorisch nicht eine Maus regte, in den Blättern bis dahin von den Wahlen mit keiner Silbe die Rede war, so konnte man diese Warnung nicht wohl für etwas anderes als einen schlechten Witz halten. Der Stadtrath scheint ihn jedoch für baare Münze genommen zu haben, denn er macht bekannt, daß die feicher bei Landtags- wie Reichstagswahlen übliche Zustellung der Stimmzettel an die Wähler diesmal nicht stattfinden werde. Schon jetzt nahmen sich die Wenigsten die Mühe, den Stimmzettel, den sie ins Haus getragen bekamen, ausgefüllt wieder abzugeben. Sollen sie nun gar noch einen zweiten Gang oder, wenn man sie im Wahlbureau nicht persönlich kennt und auch sonst keine Mittel zur Feststellung ihrer Persönlichkeit zur Hand sind, behufs deren Herbeischaffung noch einen dritten Gang machen, um überhaupt in den Besitz des Zettels zu gelangen, so werden sicher neun Zehntel der Wähler auf das zweifelhafte Vergnügen des Wählens ganz verzichten. Ob aber diese Enthaltensart gerade den „Gemäßigten“ zu Gute kommt, ist sehr fraglich, denn die „extremen Parteien“ sind die letzten, die sich durch solche Schwierigkeiten abschrecken lassen, wenn sie überhaupt wählen wollen; sicher aber verderben sie den „guten Bürgern“ ohne ausgesprochene Parteifarbung die Lust zum Mitthun, und entfernen gerade dadurch das Haupthinderniß gegen das Durchgehen entschiedener Parteimänner. — Unsere Dresdener Parteigenossen haben übrigens bereits am 29. Januar d. J. beschlossen, sich der Theilnahme an der Wahl zu enthalten und gleichzeitig gegen den Gebrauch des demokratischen Partei-Namens für ein Gemisch demokratischer national-liberaler und liberal-conservativer Elemente, sowie gegen die Gleichstellung von „Demokratie“ und „Fortschrittspartei“ Verwahrung eingelegt. Wir wiederholen gegenwärtig diese Verwahrung, nachdem ein „Lokal-Wahlanschluß der demokratischen oder deutschen Fortschrittspartei“ mit Wahlvorschlägen hervorgetreten ist, deren „demokratischer“ Charakter schon durch den Namen „Jordan“ genügend gekennzeichnet ist. Dieser Mann, Mitbesitzer der bekannten Chokoladenfabrik „Jordan und Timäus“, ein richtiges Seitenstück zu seinem pariser Kollegen, dem vor der Opposition zum Gespött gewordenen, in der Glanzzeit des Kaiserthums als Kammer- und Stadtraths-Mitglied berühmt gewordenen Chokoladenfabrikanten Devinc, war ein Hauptgegner der jetzigen sehr gemäßigt-liberalen Richtung im Stadtverordneten-Collegium, dem er seinerzeit aus Verdruß über das Durchbringen der von den Herren Bromme u. Gen. entworfenen Wahlmännerliste, welche der Selbstverweigerung der „Zeitherrigen“ ein Ende machte, den Rücken kehrte. Dafür ward er Mitglied des „Zeitherrigen“ Landtags, und nun, nachdem auch dessen Herrlichkeit vergangen ist, wissen dieselben Herren Bromme und Genossen nichts Besseres zu thun, als den ausgedienten „Zeitherrigen“ auf den Altar der „Demokratie“ zu stellen. Dafür können sie allerhand kleine Ränke gegeneinander und besonders gegen diejenigen, welche außer dem Coteriezusammenhange noch irgend eine eigene Geltung besitzen. So intriguirten sie gegen Wigard, weil seine Popularität ihn auch ohne ihre Unterstützung durchgebracht haben würde. So suchen sie jetzt durch allerhand kleine Künste eins ihrer fähigsten und thatkräftigsten Mitglieder, den Kaufmann August Walter (nicht zu verwechseln mit dem früheren Dorfzeitungsredakteur und Landtagsabgeordneten Walther) bei Seite zu schieben, weil er als Vorstand des Gewerbevereins einen eigenen Anhang besitzt, und nehmen selbst den conservativen Jordan zu Hülfe, um anderweitig „Vertretung des Kaufmannsstandes“ entbehren zu können. Aber die „Gewerbliche“ — d. i. die Walter'sche Partei — nimmt den Kampf auf mit der Parole: „Walter und Jordan“. Es ist sehr leicht möglich, daß die „Fortschrittspartei“ so in ihren eigenen Schlingen gefangen und — definitiv zur Ruhe bestattet wird. Der letztere Punkt ist es, der diesen Wahlmanövern ein erhöhtes Interesse verleiht.

Der Bürgermeister von Cork hat dem Ministerium die Mühe erspart, ihn durch eine besondere Gesetzes-Akte abzusetzen. Er hat freiwillig abgedankt, versprochen sich nicht wieder wählen zu lassen, und beabsichtigt auf einige Zeit nach Deutschland zu gehen, um dort sein erbiztes, irisches Blut, abzukühlen. Hätte er nicht freiwillig abgedankt, so wäre die Regierung in einer sehr unangenehmen Lage gewesen. Um die Absetzungsbill zu rechtfertigen, brauchte man Beweise für das Vergehen des Bürgermeisters und diese mußten mündlich durch Ohrenzeugen, die das Gesagte niedergeschrieben hatten, im Parlament geliefert werden; aber der einzige Mensch, der über die anstößigen Ausdrücke Zeugniß ablegen konnte, war nicht zu finden. Der Bürgermeister wußte am Morgen nach dem Bankett selbst nicht was er gesagt hatte. Seine Freunde sind im höchsten Grade entrüstet über ihn, sie hatten sich auf einen Kampf vorbereitet. Der Correspondent einer Dubliner Zeitung sagt: „Diese Geschichte liefert uns ein sehr lehrreiches Bild. Eine liberale Regierung stützt sich auf einen Präzedenzfall*) aus der despotischsten Periode der englischen Geschichte, um einen Bürgermeister abzusetzen, ein liberaler Advokat erscheint als öffentlicher Ankläger und der recht ehrenwerthe**) und sehr liberale John Bright befürwortet eine Zwangsmaßregel. Es lehrt dies, daß die englischen Eroberer***) gerade so sind, wie das Haus Habsburg — sie haben keine andere Regierungs-Idee als den Stoa.“

Graf Russell hat eine eigenthümliche Manier, dem Ministerium seine verheißene Freundschaft und Unterstützung zu beweisen. Nachdem in vorhergehender Woche der Wortführer der Tory-Lords das Ministerium umsonst um seine Absichten in Betreff der irischen Landfrage befragt hatte, stellte der Nestor†) des aristokratischen Liberalismus vorigen Freitag die Frage, was das Ministerium zu thun gedente, um Leben und Eigenthum in Irland sicher zu stellen. Der irische Bauer ist von dem Glauben erfüllt, daß er, der den irischen Boden bebaut, ein größeres Eigenthumsrecht auf denselben habe, als der englische Aristokrat. Russell, der trotz seines Liberalismus, stets ein Stodaristokrat war, und dem die industrielle Bourgeoisie nur als Fußschemel diene, behauptet, daß das zweideutige Benehmen der Regierung, diesen „trägerischen Ansichten“ der irischen Bauern Vorschub leiste und Unordnung erzeuge, daß Bright's Plan, dem irischen Bauer die Möglichkeit an die Hand zu geben, sich zum Eigenthümer seiner Parzelle zu machen, unpraktisch und phantastisch sei, die Grundlagen der Sicherheit und des Eigenthums erschüttere und Hoffnungen erwecke, die nie verwirklicht werden können. Daher verlange er, daß das Ministerium durch eine definitive Erklärung diesen „Wahn“ zerstreuen solle. Graf Granville wußte nicht mehr als vorige Woche, er wußte nur, daß Bright als Kabinet-Minister eine Stimme habe, um seinen Ansichten Geltung zu verschaffen, daß dagegen die übrigen Minister Stimmen haben, um Bright's Ansichten zu verwerfen. Er behauptet jedoch, daß Bright keine Eingriffe in die Eigenthumsrechte bezwecke.

Wie wenig Rücksicht die Bourgeois-Majorität††) im Unterhause mit der aristokratisch-conservativen Minorität hat, beweist der Aergir, welcher sich in der Torypresse Luft macht. Im „Standard“ vom vorigen Sonnabend heißt es: „Die irische Kirchenbill ist mit allen ihren häßlichen Unformlichkeiten

*) Einen stillern Vorgang ähnlicher Art.

**) Englische Beitelung.

***) Die Irländer haben es nicht vergessen, daß ihr Land von den Engländern unter furchtbaren Gräueln erobert worden ist und daß die Herrschaft der Engländer sich einzig und allein auf die Gewalt stützt. Und ein Volk, welches sich unterdrückt fühlt, ist noch im Stande sich zu befreien. Hoffnungslos verloren ist nur das Volk, welches die Ketten nicht fühlt oder gar — Schlimmstes von Allem — stolz darauf ist.

†) Ein greiser, durch Klugheit ausgezeichnete König der griechischen Fabelwelt.

††) Innerhalb dieser Majorität hat die eigentliche Bourgeoisie nur eine Minderheit: die Mehrheit besteht aus liberalen Aristokraten oder

aus dem Comité gekommen. Kein einziges wichtiges Amendement ist angenommen worden. Kein einziger Vorschlag der Opposition hat ein halbes Duzend liberale Stimmen angezogen. Gestern Abend waren die Bänke der Konservativen halb leer, es ist zu viel verlangt, daß Leute jeden Abend kommen sollen, um, so oft einer Herz genug hat, Gerechtigkeit zu verlangen und einen Vorschlag zur Abstimmung zu treiben, von einer kompakten*) Majorität von 120 niedergestimmt zu werden. Man hat gelernt, daß es umsonst ist, die überzeugendsten Gründe, die unumstößlichsten Beweise vorzubringen, gegenüber einer Partei, die gegen alle Beweisgründe taub und unempfindlich ist.“ Die Aristokratie sollte sich damit trösten, daß sie Jahrhunderte lang das Monopol der politisch sozialen Taubheit und Unempfindlichkeit besessen hat und daß jetzt sowohl die Aristokratie als die Bourgeoisie taub und unempfindlich sind gegen die „überzeugendsten“ Beweisgründe der Arbeiterklasse.

Die „Kirchen-Affoziation“, die den protestantischen Glauben gegenüber den romanisirenden Bestrebungen der Hochkirche rein und lauter zu erhalten beabsichtigt, hat ihren Wirkungskreis erweitert und will gleichzeitig den Nationalismus bekämpfen und beseitigen.

Der Streit zwischen dem Sekretär der Marine und den Arbeitern in den Staatswerkstätten der Vereinigten Staaten ist einseitig geschlichtet. So viele müßiggehende Arbeiter sprachen um Arbeit an, daß sich die Leiter des Marine- und des Kriegsdepartements für berechtigt hielten, allen, die nur acht Stunden des Tages arbeiten wollten, $\frac{1}{2}$ ihres Lohnes abzuziehen. Als sich die Arbeiter weigerten, wandte sich der Sekretär der Marine, M. Vorie, an den Kongreß mit der Bitte, daß das Acht-Stunden-Gesetz widerrufen werde. Die Arbeiter-Vereine waren aber mächtiger als Mr. Vorie. Sie sandten ihre Delegirten nach Washington, um Vorie's Pläne zu hintertreiben, und die Arbeiter-Delegirten bestimmten die Mehrzahl der Congreßmitglieder zu einem Beschluß, welcher erklärte, daß das Gesetz nicht so auszulegen sei, daß es die Vorgesetzten ermächtigt, Lohnabzüge von dem frühern Taglohn zu machen.

Im Senat gelang es zwei Senatoren die Sache so aufzuhalten, daß der Beschluß nicht vor der Vertagung zur Abstimmung gebracht werden konnte. Darauf wandten sich die Delegirten an den Präsidenten der Republik, welcher ihnen versprach, sich die Sache zu überlegen. Das Resultat war ein Rundschreiben des Marine-Sekretärs an die Werkführer in den Schiffsbauhöfen, daß in Zukunft acht Stunden Arbeit als ein Tagewerk zu betrachten und zu belohnen seien und daß, wenn Umstände länger zu arbeiten nöthigten, die Uebersarbeit extra bezahlt werden sollte.

Die deutsche Arbeiter-Vereinigung von Chicago (in den Vereinigten Staaten) zählt gegen 2000 Mitglieder und hat eine Wochenzeitung gegründet. Am 23. Mai soll ein Maifest zu Gunsten des Blattes abgehalten werden.

Die Arbeitseinstellungen und Werkstellschließungen der englischen Maurer und Steinhauer-Streitigkeiten erstrecken sich über 15 Städte, allein die Zahl der Feiernden ist verhältnißmäßig gering. Die ganze Gewerks-Genossenschaft zählt 20,000 Mitglieder, davon haben 860 die Arbeit eingestellt. Die Zimmerleute von Bristol haben ihre Arbeitszeit vermindert und ihren Lohn erhöht. In Zukunft wird im Sommer 55 Stunden, im Winter 50 Stunden die Woche gearbeitet werden.

Werkzeugen der Aristokratie, welche mit der Bourgeoisie bis zu einem gewissen Punkt zusammengehen, unter der stillschweigenden Bedingung, von ihr geschont zu werden. Ein radikales Vorgehen — auch nur im bürgerlichen Sinn radikal — ist unter solchen Verhältnissen von diesem Unterhaus ebenso wenig zu erwarten, als von dem vorigen.

**) Fest, geschlossen.

Die Arbeiter und das Leipziger Tageblatt.

Am 11. Mai ds. Js. brachte das Leipziger Tageblatt einen mit * (Stern) versehenen kurzen Artikel, in welchem erzählt war, daß etwa 60 Maurergesellen am Bau des neuen Hospitals die Arbeit eingestellt hätten, um höheren Lohn zu erzielen; daß aber im Laufe des Tages 40 wieder an die Arbeit gegangen seien, „wohl einsehend“, bemerkt das Blatt, „daß es den betreffenden Meistern gleichgültig (?) ist, ob der Bau für jetzt auf längere oder kürzere Zeit eingestellt würde.“ Diese redaktionelle Notiz ist, wie man schon am Stil merkt, von einem Meister diktiert oder im Interesse der Meister geschrieben worden. Das „Tageblatt“ mußte jedenfalls „wohl einsehen“, daß es den Meistern nicht gleichgültig ist, ob sie ihren Afford inne halten, oder ob sie Conventionalstrafe zahlen müssen. Indeß mit dieser redaktionell-meisterlichen Darstellung der Situation begnügt sich das „Tageblatt“ nicht, sondern es zieht auch eine Moral aus der Sache. „Auch hier“, ruft es aus, „trägt Aufheberei die Schuld! Wüßten doch die Arbeiter endlich einsehen, welche Opfer Arbeitseinstellungen fordern (wie ärtlich!) während sie doch gleichwohl in der Regel in den Sand verlaufen, wie man hier wieder deutlich sieht u. s. w.“ — Ist das nicht reinster Hohn? Ist damit nicht ausdrücklich gesagt: Wenn Ihr höhern Lohn wollt, so habt Ihr lediglich bei Eueren Meistern darum zu betteln, und dann ruhig zu warten, bis sie Euch gnädigst erhören. Wenn diese Anschauung, wie sie das „Tageblatt“ mit süßlicher Heuchelei den Arbeitern beibringen möchte, eine richtige wäre, dann würde ja die Lage der arbeitenden Klassen niemals verbessert werden können!

Zwei Tage später zeigte denn auch das „Tageblatt“, daß es keineswegs glaubte, was es gesagt hatte, daß es nur im Interesse der Meister die Sachlage verdreht hatte. Zwei Tage am 12. Mai später bringt nämlich das „Tageblatt“ in seinem Haupttheil (nicht etwa in einer Beilage!) einen Leitartikel, betitelt: „Etwas über die Arbeiterbewegung.“ Dieser „Etwas“ beginnt mit der Notiz über eine angeblich bestehende Arbeitseinstellung der Leipziger Maurer und Zimmerleute, und knüpft an diese Notiz folgende Bemerkung: „Einem weit verbreiteten Gerüchte zufolge ist ein Capital von 12,000 Thln. aus Hannover für Unterhaltung der feiernden Arbeiter zur Verfügung gestellt worden. Wie ungeheuer muß der Fonds sein; aus welchem man nur allein den Leipziguern ein solches Capital bieten kann! So viel steht fest, aus den Mitteln der Arbeiter allein ist dieser Fonds nicht geschossen worden, und darauf knüpfte man weitere Betrachtungen.“

Also 12,000 Thlr. aus Hannover! Und der Fonds muß „ungeheuer“ sein, aus welchem diese 12,000 Thlr. kommen. Diesen ungeheuren Fonds (er ist also nicht mehr ein Gerücht, sondern bereits eine Thatsache), diesen Fonds können Arbeiter nicht aufreiben, und daran „knüpfte man weitere Betrachtungen“!!

Was mußte der naive, gläubige Leser des „Tageblattes“ (leider giebt es selbst unter den arbeitenden Klassen noch naive, gläubige Zeitungsleser!), als er diesen Artikel las, denken? Nothwendig Folgendes:

1. Das Gerücht, daß die betreffenden Gesellen 12,000 Thlr. aus Hannover bekommen, ist weit verbreitet, es wird also wohl wahr sein.

2. Die „Betrachtungen“ des „Tageblattes“ werden wohl auch wahr sein. Es giebt also in Hannover einen „ungeheuren Fonds“, aus dem die Strife der Arbeiter unterstützt wird — Und was nun, der Aufforderung des Tageblattes folgend, wird er für „weitere Betrachtungen daran knüpfen“?

Nothwendig folgende:

„Erstens“ wird er denken, „ist es sehr verdächtig, daß dieser ungeheure Fonds in Hannover ist. Hannover, hm! das werden wohl die Welfen sein, die ein Interesse daran haben, überall Verwirrung und Zwietracht im Norddeutschen

Bunde zu schüren und also auch hier dasselbe thun. Ja, die Welfen, die haben freilich einen ungeheuren Fonds!"
Zweitens, wird er denken: „Wenn dem so ist, dann ist es aber schändlich von den Arbeitern, Verwirrung mittels fremden Geldes zu machen, und obendrein den armen Meistern höhere Löhne abzuwingen. Die braven Meister; die patriotischen Meister! Und die bösen, vaterlandsfeindlichen Gefellen!"

So und nicht anders wird Jeder, der dem Artikel des „Tageblatts“ Glauben schenkt, denken müssen!

Erwägt man nun, daß das ganze Raisonnement des Tageblattes auf Sand steht, indem das Gerücht, das angeblich „weit verbreitet“ sein sollte, von Niemand gehört worden war, als von dem Artikelschreiber des Tageblattes, — so muß man nothwendig zu dem Resultat kommen,

daß das Tageblatt mit Hilfe einer boshaften Erdichtung und gemeinen Verdächtigung beabsichtigte, die Sympathien seines Publikums von den Arbeitern, die Lohnerhöhung wollten, abzuwenden und den Meistern, die Lohnerhöhung verweigerten, zuzuwenden.

Wir haben in unserer vorletzten Nummer dieses Verfahren des Tageblattes dadurch gekennzeichnet, daß wir kurz sagten, das „Tageblatt“, Amtsblatt des Leipziger Stadtraths, bewerfe die betreffenden Gefellen mit Roth. Es sieht jeder Unbefangene aus Obigem, daß diese Kennzeichnung der betreffenden „Tageblatt-Artikel“ keineswegs eine ungerechte, sondern eher noch (wie das Tageblatt sich auszudrücken pflegt), eine milde ist, von der wir dem Tageblatt nichts abnehmen können.

Neben diesem Zweck sollte der Tageblatt-Artikel auch ein Versuch sein, die Gefellen einzuschüchtern und abzuschrecken. Deshalb wurde dem Artikel am Schluß die Nachricht angehängt, der Rath habe bereits beschlossen(!), im Falle der Arbeitseinstellung den Johannishospitalbau einzustellen und die betreffenden Baugewerksmeister ihrer Contracte zu entheben,“ — d. h. also: der Rath habe, schon bevor ein Konflikt vorhanden, bereits gegen die Gefellen und für die Meister Partei ergriffen!

Die Gefellen haben dem Tageblatt bereits geantwortet, indem sie diese Nachricht für eine im Interesse der Meister gemachte Erfindung erklären, die für wahr zu halten, eine Beleidigung des Rathes wäre.

Am Allerwenigsten wird uns das Tageblatt weiß machen können, daß diese erfundene Nachricht gar keine „Tendenz verfolgt“ habe!

Es ist nicht das erste Mal, daß sich das Tageblatt gegen die Arbeitersache so benimmt. Fast keine Nummer erscheint ohne scheele Seiten-Blicke und hämische Bemerkungen, Verwuschungen und Verdrehungen von Thatsachen. So rühmte das Tageblatt, um nur ein Beispiel anzuführen, dieser Tage die „Milde“ der belgischen Regierung gegen die Arbeiter, die den Generalrath der Internationalen für Belgien bilden. Die Regierung hatte nämlich, um die von dem genannten Generalrath eingeleitete Untersuchung der amtlichen Rezeleien zu hintertreiben, die betreffenden Arbeiter rechtswidrig verhaftet, war aber schließlich zu ihrem Bedauern genöthigt, dieselben, weil gar nichts gegen sie vorlag, freizulassen. Da sprach nun das Tageblatt von der „Milde“ der belgischen Regierung!

Auch in Leipziger Arbeiterangelegenheiten hat das Tageblatt ein sehr langes Sündenregister. Wie viele Einsendungen und gerechte Reklamationen gegen Ungerechtes hat nicht schon in den Papierkorb des Tageblattes wandern müssen! Die Leipziger Seher wissen seit dem Buchdruckerstreik ein Lied davon zu singen!

Ob nun, um auf den vorliegenden Fall zurückzukommen, der Maurer- und Zimmergesellen-Strike stattfindet oder nicht, und ob die Artikel des Tageblattes ihren Zweck, den Arbeitern zu schaden, erreicht haben, oder nicht, — in allen Fällen kann man verlangen, daß das Tageblatt seine bisherige Taktik einstelle. Für Recht und Wahrheit zu kämpfen, das müthet ihm Niemand zu, welcher weiß, was es mit der deutschen Presse für Bewandniß hat. Aber das kann man mindestens verlangen,

daß das Tageblatt sich von Zeit zu Zeit erinnere, daß es von den Arbeitern existirt und profitirt und daß es daher eine doppelte Undankbarkeit ist, wenn es ihnen zu Schaden und Schande schreibt. Lieber mag es seine fürchterliche Drohung ausführen, und über derartige „Vorgänge und Verhältnisse“ in Zukunft ganz schweigen.

Aufruf an die Metallarbeiter aller Länder.

Collegen, Brüder!

Eine tiefgehende Bewegung hat die Arbeiter aller Länder erfaßt; überall wohin unser Blick schweift, sehen wir, wie das arbeitende Volk, unter dem Joch der ausbeutenden Kapitalmacht seufzend, sich ermannt, um vor dem drohenden Untergang sich zu erretten. Das Großkapital, als der alleinige Inhaber unserer Industrie, der Besitzer aller Arbeitswerkzeuge, saugt gleich einem Vampyr langsam aber sicher dem arbeitenden Volke das Herzblut aus; es stempelt das einzige Gut, die Arbeitskraft des Arbeiters zu einer Waare, die er für den Preis des nothdürftigen Lebensunterhaltes dem Kapitalisten verkaufen muß. Die Folge ist, daß der ungeheuerste Reichtum sich in den Händen Weniger sammelt, während wir, die Arbeiter, die Erzeuger aller Werthe, mit knappem Lohn uns abspesen lassen müssen. Grade wir, Collegen! Brüder! empfinden, was die sogenannte „moderne Produktionsweise“ dem Arbeiter für Fesseln anlegt. In unserer Branche ist diese „moderne Produktionsweise“ am meisten entwickelt, wir haben jene Industriebarone, die gleich einem Fürsten „der guten alten Zeit“ unumschränkt über ihre Arbeiter, wie über Sklaven, gebieten. Wir sind es vorzugsweise, die ohne Mittel und besondere Glücksumstände außer Stande sind, sich selbstständig zu machen und ihr eigener Unternehmer zu werden, wir sind also verdammt, in ewiger Abhängigkeit zu leben, wenn wir uns nicht selber helfen.

Collegen! Brüder! Eine Macht ist uns gegeben, die Vieles aufwiegt, diese Macht ist unsere Zahl. Wir sind nicht Tausende, nein wir sind Hunderttausende, d. h. unüberwindlich, wenn wir einig zusammenstehen und uns gegenseitig vor Unrecht und Gewaltthat zu schützen suchen. Als Einzelne vermögen wir gegen unsere Unterdrücker Nichts, vereinigt Alles. Vereinigen wir uns also, gründen wir eine große „Internationale Gewerksgenossenschaft“, in der wir aus aller Herren Länder vereinigt sind. Unser Los und unsere Lage ist nicht durch die Grenzpfähle unterschieden, überall leiden wir an denselben Fehlern, an denselben Gebrechen, folglich gibt es auch überall nur dasselbe Heilmittel. Darum weg mit dem, was uns künstlich trennt!

Wir haben uns erlaubt, ein Statut zu entwerfen, das eine Organisation enthält, wie sie nach unserer Meinung nothwendig ist, wenn wir unser Ziel: „Befreiung von jedem Druck und jeder Fessel,“ erreichen wollen.

Prüft das Statut, tretet zusammen zu Mitgliedschaften und sendet eure Vertreter zu einem **Congress der Metallarbeiter**, den wir hiermit auf den 14., 15. u. 16. August ds. Js. nach **Nürnberg** einberufen.

Dort wollen wir berathen, was uns frommt und die Statuten endgültig feststellen. Anmeldungen zum Congress sendet an den Unterzeichneten, an den auch alle Briefe und Anfragen zu richten sind.

Collegen! Brüder! schickt alle Männer Eures Vertrauens, damit das Werk, das wir beginnen, stark und groß werde und alle unsere Hoffnungen erfülle.

Nürnberg, 25. Mai 1869.
Mit collegialischem brüderlichen Gruß und Handschlag
im Namen der Internationalen Metallarbeiter-Gewerks-
genossenschaft:

J. Faaz, Rothgießer, Sternhof, Nürnberg.
Indem ich auf den obigen Aufruf Bezug nehme, ersuche ich die werthen Collegen, die Deputirten, welche sie senden wollen, mir bis zum 1. August spätestens anzumelden, damit

für Unterkommen gesorgt wird. Auch ist es wünschenswert, daß die Deputirten rechtzeitig hier eintreffen, um der Vorversammlung, welche Sonnabend, den 14. August Abends 7 Uhr stattfinden soll, beiwohnen zu können. Auch bitte ich Abänderungsanträge zu den Statuten bis 8 Tage vor dem Congreß an mich einzusenden, damit diese gedruckt den Deputirten zur leichteren Uebersicht unterbreitet werden können. Das Versammlungslokal des Congresses wird noch bekannt gemacht.

Nürnberg, 25. Mai 1869.

Mit Gruß und Handschlag

J. Faaz, Vorsitzender, Sternhof.

Internationale Gewerksgenossenschaft

der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Der ausführliche Bericht über den Congreß wird in etwa 14 Tagen gedruckt sein und versendet werden, die Statuten, wie sie auf dem Congreß berathen und angenommen worden sind, schon in den nächsten Tagen. In den kurzen Bericht in voriger Nummer des Wochenblattes hat sich ein Irrthum eingeschlichen: Das Sterbegeld ist nicht auf 3 Thlr. normirt worden, vielmehr ist der dahingehende Antrag abgelehnt und das Sterbegeld und der betreffende § (37) ganz gestrichen worden.

Nach § 14 der Statuten haben die Mitglieder am Vorort heute die Wahl des Verwaltungsraths vorgenommen. Diefelbe ergab folgendes Resultat: E. Stehfest, erster Kassirer; F. A. Wilhelm, zweiter Kassirer; Louis Kirmse, erster Schriftführer; Adolf Hey, zweiter Schriftführer; Herrn. Sachs, Ludwig Mehlhorn, Controlleure; Moritz Thielo, Frau Weber, Carl Kirchhübel, Beisitzer; W. Stolle, F. Seydel, Spinnmstr., A. Seidel, Tuchmacher, Aufsichtsrath. Wir bringen dies hiermit zur Kenntniß.

Crimmitschau, den 25. Mai 1869.

Im Namen des Verwaltungsraths*.)

J. Motteler, Präsident. E. Müller, Vicepräsident.

Vororts- und Arbeiter-Angelegenheiten.

Die Arbeitervereine und Arbeiterkorporationen, welche im Besitz gedruckter Kranken- und Unterstützungstatuten sind, bitte ich, mir ein oder mehrere Exemplare derselben unter Kreuzband zuzusenden, damit ich den vielen Anforderungen nach solchen Statuten, die an mich gestellt werden, nachkommen kann.

Leipzig, den 26. Mai 1869.

Bebel.

Magdeburg, 20. Mai. Ueber die Arbeiterbewegung in Magdeburg und Umgegend schreibt man uns: Die sozial-demokratischen Ideen konnten hier, trotzdem sie mehrere Anhänger hatten, nur langsam und unter hartem Kampfe, namentlich mit dem Prediger Uhlisch, welcher seine ganze Autorität für die Bourgeoisie in die Waagschale warf, Boden erringen. In der großen Volksversammlung vergangenen Herbst, wo Hl. Bebel seinen Vortrag hielt und dem Dr. Hirsch gegenüberstand, erklärte ein Freund des Letzteren, „er nehme das Wort, weil Niemand seinen Freund in der Debatte unterstütze; Dr. Hirsch sei wie ein todtegehetzter Hirsch, und es scheine ihm, als solle seine Partei heute Abend den letzten Gnadenstoß erhalten“. — Damals feierte die Sozial-Demokratie hier in Magdeburg ihren ersten nachhaltigen Sieg. Von da an war die Bewegung eine hochgehende, und hat sich nicht nur den Vorstädten, sondern sogar den Ortschaften um Magdeburg mitgetheilt, und in einzelnen kleinen Orten bis zu 300 Anhänger gefunden. Wenn aber in kleinen Dörfern so viel Sozial-Demokraten sind, so ist daraus zu entnehmen, daß die Wahlen zum

nächsten Reichstage für Magdeburg einen Sozial-Demokraten, und keinen Hrn. v. Unruh oder Pasker ergeben werden. Bisher hatte die Polizei nicht eingegriffen (nur Eine Versammlung in der Neustadt war am 5. Dezbr. aufgelöst worden); doch die sozialdemokratischen Ideen griffen immer mehr um sich, gewannen immer mehr Anhänger — das durfte nicht sein. Im März kamen einige Personen, die von einer Arbeiterversammlung beauftragt waren, eine Volksversammlung für Magdeburg und Umgegend einzuberufen, ihrem Auftrage nach und luden durch Plakate an den Ecken dazu ein, mit der Unterschrift: „Das Comité.“ Diese Versammlung fand am 25. März statt, und war so zahlreich besucht, daß der Saal vollgedrängt war und noch ebensoviel Menschen nicht mehr Platz finden konnten. Doch gleich nach der Eröffnung wurde die Versammlung vom überwachenden Polizei-Commissar aufgelöst, die Menge aber dadurch beschwichtigt, daß versprochen wurde, zwei Tage nachher werde eine neue Versammlung stattfinden. Durch neue Plakate berufen, fand am 27. März im größten Saale Magdeburgs, im „Odeum“ (auf dem großen Werder) die Volksversammlung statt. Der Saal, welcher 6000 Menschen faßt, war überfüllt. Die Versammlung wurde von Hrn. Bremer eröffnet und derselbe zum Vorsitzenden erwählt, auch das Bureau einhellig aus lauter Sozial-Demokraten ernannt. Bremer erteilte Hrn. Bracke jun. aus Braunschweig das Wort, und dieser besprach die Forderungen der Sozial-Demokratie und die Thätigkeit des Reichstags. Als derselbe gegen 1/10 Uhr seinen Vortrag damit schloß, daß er eine Resolution gegen den Reichstag vorschlug, löste der Commissar, wieder ohne Gründe, die Versammlung auf. Diesmal hielt es schwerer, die aufgebrauchte Menge zu beruhigen, doch gelang es Bremer und seinen Freunden, den Commissar zu schützen, und der Saal wurde ohne jeden Erzess langsam geräumt. Die Leute aber stellten sich vor dem Lokale auf; es war Mondschein und die unübersehbare Menschenmenge erwartete den Beginn einer zweiten Versammlung. Bremer hatte nämlich für diesen Abend drei angezeigt: für 8 Uhr, für 9 Uhr und für 9 1/2 Uhr, und darüber die polizeiliche Bescheinigung auch erhalten; dies hatte sich ausgesprochen. Als nun Alles geräumt war, verschloß der Beamte die Thür. Bremer, der drin geblieben war, forderte den Beamten auf, wieder aufzuschließen, da er die Versammlung, über welche er die rechtzeitig bescheinigte Anmeldung auf 9 1/2 Uhr bekommen habe, sofort eröffnen wolle. Der Beamte jedoch verweigerte dies, worauf Bremer den amwesenden Unterbeamten herbeirief und in dessen Gegenwart die Verweigerung vom Commissar wiederholen ließ, gegen welche er Protest einlegte.

Nun ging Bremer hinaus, berichtete kurz den Sachverhalt und forderte die Versammelten in einer Ansprache zum ruhigen Nachhausegehen auf und versprach, baldigst wieder eine Volksversammlung einzuberufen, sowie wegen der Vorgänge Beschwerde zu führen. Hierauf setzte sich der Zug in Bewegung, unter Liedergefang und Hochrufen auf die Sozial-Demokratie, daß die Luft erdröhnte. Die vorderen Reihen waren schon am Thore, während die hinteren noch am „Odeum“ standen; es war ein wahrer Triumphzug zum Bahnhof über den Fürstentwall und mehrere Straßen, bis man endlich gegen Mitternacht sich trennte.

Ich frage nun: Haben wir ein beschworenes Vereins- und Versammlungsrecht? Aber noch mehr: Der Arbeiter Kees meldete Tags darauf eine Arbeiterversammlung an; da eröffnete ihm der Polizeipräsident, Kees dürfe keine Versammlung abhalten, er wäre Bevollmächtigter des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, und die hiesigen Mitglieder ständen mit dem Verein in Berlin in Verbindung. Er (der Polizeipräsident) habe beim Staatsanwalt die Schließung des Vereins beantragt, und die Untersuchung sei gegen ihn (Kees) eingeleitet. Nun meldete Bremer eine öffentliche Versammlung an, erhielt jedoch ebenfalls keine Bescheinigung; er ging zum Präsidenten, berief sich auf das Versammlungsrecht vom 11. März 1850 § 1, erklärte, daß er kein Vereinsamt bekleide, sondern rein als

*) Ein Aufruf des Verwaltungsraths an die Fachgenossen ist für diese Nummer zu spät eingetroffen.

Privatperson eine Versammlung im Sinne des Gesetzes einberufen wolle. Doch der Landrath und Polizeipräsident erwiderte: „Sie sind aber der Bremer und gehören zum Comite, das Comite und die öffentlichen Versammlungen stehen mit anderen Vereinen in Verbindung; Sie sind deshalb angeklagt, und es darf, bis der Richter entschieden hat, keine Versammlung stattfinden, ich werde den Saal besetzen lassen.“

Bremer erklärte nun, daß ein Comite gar nicht bestehe, sondern daß die beauftragten Personen ihre Pflicht erfüllt hätten, sobald die Versammlung einberufen wäre. Hierauf antwortete der Präsident: „Ich habe Sie gewähren lassen, weil ich Ihre Versammlungen nicht für gefährlich hielt; doch ist es meine Pflicht, das Gesetz in erster Reihe zu überwachen (?), und deshalb habe ich die Versammlung am 25. März auflösen lassen; ich konnte Ihnen die Verbindung aber noch nicht nachweisen (also ohne Grund aufgelöst!) und ließ deshalb die Versammlung am 27. März so lange dauern, bis die Resolution zum Vorschlag gebracht wurde. Dieselbe ist von Hrn. von Schweiger verfaßt, und die Verbindung erwiesen (!); es darf also keiner von Ihnen eine Versammlung abhalten, bis die richterliche Entscheidung da ist.“ Als wir zum Versammlungslokal kamen, war dasselbe von drei Polizeibeamten gesperrt.

Ich frage zum zweiten Mal: Haben wir in Preußen ein Vereins- und Versammlungsrecht, oder ist dasselbe von der Gnade der Polizei abhängig? — So steht es hier in Magdeburg; das Gericht hat uns den Schließungsbefehl zugesandt, aber wir warten seit 8 Wochen vergeblich auf das Urtheil. Dem Untersuchungsrichter hat Bremer erklärt: „Das Gericht hat nicht zu entscheiden, ob eine Verbindung von Vereinen stattfindet, — alle Angelegenheiten hier in Magdeburg sind in öffentlichen Versammlungen besprochen worden; wo kein Verein ist, kann auch keine „Verbindung mit anderen Vereinen“ sein. — Das Gericht soll aber entscheiden, ob der Magdeburger Landrath und Polizeipräsident das Vereins- und Versammlungsrecht, welches nach der beschworenen Verfassung für die gesammte preussische Monarchie gültig ist, für Magdeburg eigenmächtig und willkürlich aufheben darf; der Richter hat zu entscheiden, ob wir in Preußen ein Vereins- und Versammlungsrecht haben!“

Noch sei erwähnt, daß Hr. Bremer wegen einer am 5. Dezember vor. Js. in der Neustadt abgehaltenen Versammlung, welche aufgelöst wurde, vom Richter erster Instanz zu sechs Wochen Gefängniß verurtheilt worden ist. Das Erkenntniß führt aus, daß Bremers Zeugen „nicht glaubwürdig seien, weil es Gesinnungsgegnossen Bremers seien!“ Hr. Bremer hat Appellation eingereicht.

Wenn wir die erste Versammlung abhalten können, wird kein Saal groß genug zu haben sein.

Tannenberg bei Geyer, 20. Mai. Am 10. ds. Mts. war hier eine Arbeiter-Versammlung. Sie wurde um 4 Uhr Nachmittags durch Hrn. Demmler aus Geyer eröffnet und Hr. Richter zum Vorsitzenden erwählt, worauf Hr. Demmler das Wort ergriff und in einem längeren Vortrage auseinandersetzte, wie nothwendig es sei, daß die Arbeiter sich mit Politik beschäftigen und der demokratischen Arbeiterbewegung anschließen. Die Versammlung war schwach besucht, denn hier herrscht neben der üblichen Unwissenheit noch grenzenlose Furcht; besonders bei den Fabrikarbeitern. Es zeichneten sich zum Beitritt zum Verein 8 Mann, doch wird die Theilnahme künftig eine stärkere werden. Die Herren Richter und Seifert werden das Ihrige thun; es sind beides tüchtige Männer. In nächster Zeit halten wir wieder eine Versammlung.

Crimmitschau, 25. Mai. Der hiesige Verein der Fabrikarbeiterinnen hat bei unserm Stadtrath um Ueberlassung eines Lokals angehalten, um den Mitgliedern Unterricht in Bildungsgegenständen und im Nähen erteilen zu lassen. Licht und Heizung für den Winter wäre dabei natürlich zu gewähren gewesen, für die Lehrerinnen wollte der Ver-

ein selbst sorgen. Wie verlautet, ist abschläglicher Bescheid erfolgt. Ein Gesuch an die Stadtverordneten wird vorbereitet, und wir sind neugierig, was diese zu der Sache meinen werden. Unsere Stadt unterstützt eine „Selecta“ (höhere Schule) für die sog. höheren Stände mit 1500 Thlr. per Jahr, auch wird hauptsächlich zur Unterbringung dieser „Selecta“, zum Theil nur weil unsere alten Schulräumlichkeiten nicht ausreichen, ein neues Schulhaus gebaut. Wer kann da sagen, daß nichts für „Volksbildung“ geschieht?

(Da geht's in Crimmitschau, wie allerwärts; die Bourgeoisie sitzt in den Gemeinderäthen und Gemeindevertretungen und beutet diese Stellung weidlich aus. Sie sitzt bei der vollen Schüssel und schöpft das Fett ab; was übrig bleibt, ist für's Volk, dessen „verdammte Pflicht und Schuldigkeit“ es ist, Steuern zu zahlen und — das Maul zu halten. Dagegen giebt's nur ein Mittel: wehrt Euch! D. Red.)

Seulenroda, den 17. Mai. In unserer Stadt, sowie in **Anna** und den umliegenden Ortschaften werden für einen kleinen Kreis von Großfabrikanten meist sehr feine in ihrer Art einzig dastehende Frauenstrümpfe angefertigt. Für das Duzend Paar erhält man 1 Thlr. 20 Sgr. im Durchschnitt Lohn, ein fleißiger geschickter Arbeiter kann aber höchstens ein und ein halb Duzend anfertigen, wobei er noch das Garn spulen und die fertigen Strümpfe waschen und pressen muß. Er verdient also höchstens die Woche zwei und einen halben Thlr., wobei Frau und Kinder noch mithelfen müssen. Ist nun an der Waare auch nur der kleinste Fehler oder hat der Arbeitsherr schlechte Laune, so wird dem armen Arbeiter 2 1/2, oft 5 Sgr. am Thd. abgezogen, so daß sich sein saurer Verdienst bis auf 2 Thlr. pro Woche reduziert. Während die Arbeiter bei diesem Verdienst und den theuren Lebensmitteln halb hungern und das Nöthigste entbehren müssen, befinden sich die Herren Fabrikanten ungemein wohl. In kurzer Zeit werden die meisten derselben feiner Leute, deren Vermögen sich auf Hunderttausende von Thalern beläuft. Und da wundert man sich noch, daß der Arbeiter wie ein getretener Wurm sich krümmt und nach Gerechtigkeit schreit, wenn Andere sich mit seinem sauer verdienten Gelde mästen, während er und die Familie darbt und nicht weiß, wovon die Staats- und Gemeindeabgaben bezahlen. Zu wünschen wäre, daß sich unsere Arbeiter der Gewerksgenossenschaft anschließen, um darin wenigstens einigen Schutz gegen die krasse Ausbeutung zu finden.

Bruck a. d. Mur, 17. Mai. Auf Anregung von Grazer Gesinnungsgegnossen, welche persönlich hier waren, hat sich auch bei uns ein Arbeiterverein gegründet, und zwar unter demselben Namen, wie der Bruderverein in Graz: „Arbeiterverein Vorwärts“. Wir hoffen in Bälde einen recht stattlichen Verein zu besitzen und haben, um von den Bestrebungen unserer Brudervereine im übrigen Deutschland ebenfalls Kenntniß zu erhalten, auf das „Demokratische Wochenblatt“ abonniert.

Löbtau bei Dresden, 14. Mai. Am Anfang dieses Jahres ist hier ein Unterstützungsverein für Arbeiter und kleine Gewerbetreibende ins Leben getreten, dessen Hauptzweck es ist, seinen Mitgliedern Unterstützung bei Krankheitsfällen, unverschuldeter Arbeitslosigkeit und Todesfällen zu gewähren. Auch ist mit dem Verein eine Sparkasse verbunden. Der Verein erstreckt sich auf Löbtau und einen fünfständigen Umkreis und zählt schon jetzt eine bedeutende Mitgliederzahl. Vorsitzender des Vereins ist Eduard Kästner, Graveur.

Geyer, 18. Mai. (Vgl. vor. Nr.) Ich habe nicht nöthig eine große Einleitung zu machen, sondern kann mit dem Satz beginnen, daß wir hier eine ausgeprägte Massenarmuth finden, zu welcher sich eine gänzliches Darniederliegen der hiesigen Posamentirindustrie gesellt hat, und daß wir uns in einem Nothstand befinden, welcher bei einiger Dauer noch größere Dimensionen annehmen wird. An einem Wiederaufkommen besagter Industrie ist sehr zu zweifeln; und wenn sie sich auch erheben sollte, so werden dadurch unsere Zustände nicht gebessert, denn der Posamentire sind wenigstens um die Hälfte zu viel, weß-

halb es beständig viele müßige Hände geben muß und die Löhne nicht steigen können. Dies ist es, was zusammenwirkend die Massenarmuth erzeugt hat und fortwährend den Nothstand aufrecht erhält. Die Löhne können nirgends tiefer stehen wie gerade hier. Ein Arbeiter, welcher beständig Arbeit hat, nicht den geringsten Zeitverlust durch Musterwechseln erleidet, was häufig vorkommt, kann es doch nicht höher bringen, als höchstens 1 Thlr. 15 bis 1 Thlr. 20 Ngr. Was man bei solchem Lohn mit einer Familie anfangen kann, ist leicht zu berechnen. Sollte auch die Frau noch 10 Ngr. verdienen, so reicht es doch nicht zu dem Allernöthigsten.

Es ist ein wörtliches aus der Hand in den Mund leben; nicht nur, daß man für die nächste Woche nicht sorgen kann, sondern was man heute verdient, kann man nicht einmal heute verleben, weil man gestern schon verlebt hat, was man heute verdient. Der Verdienst ist immer im Voraus verzehrt. Da denke man sich nun, daß man noch weniger verdient, wie es sehr oft und jetzt beinahe überall vorkommt! Man denke, daß der Arbeiter vielleicht nur 1 Thlr. oder gar nur 20 und 15 Ngr. die Woche verdient, und man mag sich wohl eine Vorstellung von den Zuständen der hiesigen Arbeiter machen. Wie von solcher Einnahme außer dem nothdürftigsten Essen noch Kleider, Holz und Zins beschafft werden soll, ist unerklärlich. Diese Zustände sind natürlich nicht von heute und gestern, das ist schon lange her und nur mit wenigen Unterbrechungen. Freilich in solchem Umfang wie jetzt, hat sich das Elend vielleicht noch nie gezeigt, weil die Geschäftsstockung dem Nothstand auf die Beine hilft; und darum findet man, daß der Nothstand überall ausgefogene und schon heruntergekommene Arbeiter betrifft. Wir hatten zwar vor 2 und 4 Jahren hinreichend Beschäftigung und etwas höhern Lohn, jedoch war das nicht hinreichend, um alte Scharren auszuwegen, noch weniger um etwas für die jetzige Stockung zu sparen.

Da es in unserer Stadt eben ausschließlich nur Posamentire giebt (es mögen über 400 hier sein), so muß unser Trachten darauf gerichtet sein, anderweitige Beschäftigung zu schaffen und wurde diese Frage in der letzten Versammlung des Arbeitervereins besprochen, worauf ein Comité gewählt wurde, das die nöthigen Schritte und den Schutz der Regierung anrufen soll. Der Bergbau, der früher hier blühte, soll einer Wiederaufnahme fähig sein; ferner ist ein Straßenbau projektirt und ebenso eine Bahnverbindung.

Wir haben ebenfalls die Einzeichnung für die Gewerkschaften begonnen, leider ohne viel Aussichten auf Beiträge zu haben.

Leipzig, 26. Mai. Die Holzarbeiter (Tischler, Drechsler, Glaser etc.) hielten am letzten Sonnabend eine Versammlung ab, die von mehreren Hundert Personen besucht war. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Bebel über die Gewerkschaften. Dieser gab unter Darlegung unserer heutigen industriellen Verhältnisse ein klares Bild über Zweck und Wesen der Gewerkschaften. Die darauf folgende Debatte, an der sich eine lebhafteste Theilnahme kundgab, drehte sich hauptsächlich um die Frage, ob man sich dem bereits bestehenden Gewerkverein deutscher Holzarbeiter (nach dem Schweizer'schen Statut) anschließen, oder eine eigene Gewerkschaft nach dem Bebel'schen Statut gründen wolle. Die Resolution des Hrn. Heinsch, wornach die Versammlung beschließen solle, sich nach dem Bebel'schen Musterstatut zu konstituieren, wurde schließlich mit sehr großer Majorität — dagegen nur ganz vereinzelte Stimmen — angenommen. Es wurde ferner beschlossen, das schon bestehende Comité mit der Ausführung weiterer Schritte zu betrauen. Hierauf schloß der Vorsitzende Herr Reichert gegen 11 Uhr die Versammlung.

Leipzig, 25. Mai. Schon seit Jahren leidet Leipzig an einem Alles zersetzenden Elixirenwesen, das namentlich auch bei den Wahlen sein Unwesen treibt. Von öffentlichen Ver-

sammlungen, in denen frei und offen die Fragen nach allen Seiten vor der Einwohnerschaft verhandelt werden, ist keine Rede, unsere „Liberalen“ scheuen die Öffentlichkeit wie das Feuer. So fand denn auch vorige Woche wieder eine jener durch Cirkulär berufenen Versammlungen statt, in der über die Landtagswahlen verhandelt werden sollte. Obgleich man mehr als 600 Einladungen hatte ergehen lassen, so war dennoch die Versammlung von kaum 120 Personen besucht, sogar vom einladenden Comité fehlte ungefähr die Hälfte. Wir übergehen die Reden, welche gehalten wurden, um die „Forderungen“ der braven Biedermänner darzulegen. Das Interessanteste war die Jagd nach Kandidaten. Von einem Duzend, die vorgeschlagen waren, lehnten Alle bis auf Einen ab, so daß man schließlich zu dem Mittel greifen mußte, zu dem Einen noch zwei andere gewaltsam zu pressen, damit man die Dreizahl für Leipzig zusammen bekam.

Interessant war auch, daß unter der Liste der Einladeten zu der Versammlung wir einige Namen fanden, die wir zwar heute nicht mehr zur Demokratie rechnen, von den wir aber theilweise ihrer Vergangenheit, theilweise ihrer heutigen Stellung wegen erwartet hätten, daß sie ihre Finger von einer Biedermäuererei wegziehen, wie sie hier stattfand. Der Eine von diesen war Hr. Aug. Dolge, 1848 wüthender Republikaner, dafür zum Tode verurtheilt und später zu „Waldheim“ benadigt, 1864 auf dem Arbeitertag zu Leipzig Vizepräsident. Sein Name stand, ohne roth zu werden, friedlich neben den Namen von Männern, die vor Demokratie und Volk einen geheimen Abscheu haben. Der zweite war Buchdruckereifaktor Hr. K. Dittrich, früher mehrjähriges Mitglied des Arbeiterbildungsvereins und dort stets radikale Reden haltend. Der dritte endlich war der Leiter der hiesigen Vereinsbuchdruckerei, Hr. Frauendorf, von dem wir am wenigsten begreifen können, wie er seinen Namen unter eine solche Liste setzen konnte. An der Spitze einer Arbeitergenossenschaft stehen, die den töblichen Zweck verfolgt, die Arbeiter vom Kapitalbesitzer unabhängig zu machen, und zugleich Hand in Hand mit den ausgesprochensten Bourgeois zu gehen, denen die Arbeiterbewegung und die Forderungen der Arbeiter ein Dorn im Auge sind, — das ist mehr, als wir verstehen können. Glaubt Hr. Frauendorf in der politischen Richtung, wie sie durch unsere Bourgeoisie im National-Liberalismus kultivirt wird, das Heil für die Arbeiter erwarten zu dürfen, dann gebot ihm die Klugheit mindestens, seinen Namen nicht einer Partei zu leihen, von der er wissen muß, daß die ungeheure Mehrheit der Arbeiter sie als ihrem Interesse feindlich ansieht.

Aufforderung

an sämtliche Arbeiter = Productiv = Assoziationen.

Meinen Gesinnungs-Genossen theile ich hierdurch mit, daß ich, von verschiedenen Seiten aufgefordert, für Magdeburg eine „Internationale Agentur“ zur Erleichterung des Verkehrs verbunden mit dem Verkauf der „Waaren der Arbeitergenossenschaften“ zu errichten, dieser Aufforderung nachgekommen bin. Ich ersuche nun sämtliche Arbeiter-Assoziationen, sich mit mir in Verbindung zu setzen und verspreche, nach Kräften für Absatz der Waaren thätig zu sein.

Für passende Artikel bin ich bereit, Commissions-Papier zu übernehmen.

Ueber Reellität und Solidität können außer den hiesigen Freunden die Herren Johann Philipp Becker in Genf, Bebel in Leipzig, Tölke, Sekretär des „Allg. Deutschen Arbeitervereins“ in Berlin Auskunft geben.

Magdeburg, im Mai 1869.

Julius Bremer
Margarethenstraße Nr. 2.

Die Leipziger Handarbeiter-Genossenschaft und die Polizei.

Leipzig, 26. Mai.

Die hier bestehenden Dienstmann- und Padträgerinstitute haben zu den in ihnen beschäftigten Arbeitern verschiedene Arten von Lohnverhältnissen. In dem sogenannten „rothen“ dürfen die Mitglieder was sie verdienen, behalten, haben aber an den Vorstand, auf den nach den bisherigen Gesetzen die Conzession übertragen, wöchentlich 3 Ngr. zu entrichten, wofür sie weiter nichts erhalten, als die Marken, von denen viele, der Ersparniß halber, mit geschriebener Nummer bezeichnet sind und somit der Fälschung weiten Spielraum bieten. Diese 3 Ngr. sollen, wie man den betreffenden Dienstmännern vorgiebt, als Fond zur Garantie gegenüber dem Publikum dienen, jedoch müssen die Dienstmänner für alle Schäden mit ihren Mitteln aufkommen. Bei solcher Einrichtung, in der es dem Inhaber vollständig gleich sein kann, ob seine Leute viel oder wenig verdienen, es vielmehr nur im Interesse des Inhabers ist, recht viel steuerzahlende Leute zu haben, liegt es natürlich auf der Hand, daß der Inhaber möglichst viele Leute annimmt, ohne Rücksicht auf deren Charakter und Betragen und ohne Rücksicht darauf, ob sich die Leute auch nähren können, wenn er nur recht viel Steuern vereinnahmen kann.

Daß ein solches Institut dem Publikum keine reelle Garantie bietet, bedarf keiner weiteren Ausführung. — Das „grüne“ Institut entstand vor einigen Jahren als Verein; derselbe gab sich ein Statut und wählte einen Vorstand und Ausschuß; jedoch ist im Laufe der Zeiten der Ausschuß schlafen gegangen und der Vorstand hat sich immer mehr zum Inhaber ungewandelt. Die Mitglieder dieses Vereins mußten beim Eintritt 20 Ngr. entrichten, welche in eine Casse flossen, die für Anschaffung und Instandhaltung des Geräths bestimmt war. Dann mußte Jeder wöchentlich 1 Ngr. zu einer Krankenkasse zahlen, die den Mitgliedern gehörte, eine weitere Steuer von 2¹/₂ Ngr. stieß in die Tasche des Vorstands. Trotz Ausschuß und ohne denselben zu fragen, verkaufte vor kurzem der „Vorstand“ das Institut für 1500 Thlr., betrachtete Fonds- und Krankenkasse sowie Geräte als Eigenthum und weigerte sich, Rechnung über diese Klassen abzulegen und den Bestand auszuhändigen, weshalb der derzeitige Ausschuß und provisorische Vorstand gerichtliches Verfahren gegen denselben eingeleitet hat, das noch nicht abgeschlossen ist.

Im „Expres-Institute“ erhalten die Leute einen festen Wochenlohn von 2¹/₂—3 Thlr., mögen sie nun noch so viel verdient haben; ihre Dienstzeit ist im Sommer 14, im Winter 12 Stunden täglich. Beträgt der Ertrag nicht so viel, daß der Besitzer des Instituts seinen ordentlichen Gewinn macht, so ist die Behandlung des Betreffenden eine solche, daß er sich kaum in das Comptoir getraut und dabei ist jeder Dienstmann stets in der Gefahr, in den nächsten Tagen fortgeschickt zu werden.

Aus all dem Obigen wird der Leser ersehen, daß man es sehr wohl verstanden hat, die früher freie Handarbeit zur Sklaverei umzuwandeln, indem man sie im „Interesse des Publikums“ organisirte.

Auch die sauer erworbenen Groschen der Handarbeiter mußten dazu dienen, Unternehmer reich zu machen. Die löbliche Behörde, die für das Wohl ihrer Schutzbefohlenen so ängstlich sorgt, war natürlich gern bereit, dieser Organisation der Handarbeit zum „Schutze des Publikums“ ihren Schutz und ihre Hilfe im vollsten Umfange angedeihen zu lassen, und die gesetzgebenden Factoren beeilten sich möglichst, dem Wirken der Polizei die gesetzliche Unterlage zu geben. Man sorgte mit allen Mitteln dafür, daß die Handarbeiter nicht auf eigne Faust arbeiteten. Wofür wären aber die Unternehmungen, wenn sie nicht rentirten?

Dieser Eifer der Polizei, der in Dresden keine Grenzen kannte, führte dort zu dem bekannten Krawalle und dieser wieder

dazu, daß eine Anzahl der dortigen Dienstmänner endlich das Mißliche ihrer Lage erkannten und selbst auf genossenschaftlicher Basis ein Dienstmänninstitut, die Handarbeiter-Genossenschaft, gründeten, die 250 Mitglieder zählt. Die Dresdener Handarbeiter-Genossenschaft besteht seit Oktober vor. Jahres, also erst acht Monate. In dieser Zeit hat sie ihr ganzes Geräth beschafft, ihre prompte Verwaltung bezahlt und ein Baarvermögen von 800 Thlrn. zurückgelegt. Diese Summen würden, ohne das Insebetreten der Genossenschaft, in die Taschen von Unternehmern gefallen sein. Diese Resultate der Genossenschaft sind bedeutungsvoll zu nennen, insofern sie nicht nur die Mitglieder in eine weit bessere soziale Lage versetzt, sondern auch ihnen das Vertrauen des Publikums in vorher nie dagewesenem Maße erworben und damit zugleich für den bevorstehenden Sieg und die geschichtliche Nothwendigkeit des genossenschaftlichen Prinzips überzeugend gewirkt haben.

Die oben geschilderten Verhältnisse der Dienstmänninstitute in Leipzig führte nun eine Anzahl hiesiger Handarbeiter (Dienstmänner und Padträger) zu dem Entschluß, dem Beispiele ihrer Dresdener Kameraden zu folgen und eine Genossenschaft zu gründen, deren Zweck es ist, die öffentlichen Dienstverrichtungen zu besorgen und den Ertrag den Mitgliedern unverfälscht zukommen zu lassen. Dabei bieten die Einzahlungen von Cautionen (pro Mann 5 Thlr.) und wöchentliche Steuern (von 3 Ngr.) dem Publikum die sicherste Garantie, während damit, daß nur zuverlässige Leute angenommen werden, den Auftraggebern die reellste und pünktlichste Ausführung der Aufträge gesichert ist.

Nachdem nun die von dieser Genossenschaft eingereichten Statuten sowohl von der hiesigen Polizei, als auch von der Kreisdirection lange genug geprüft und endlich genehmigt worden waren, wählte die Genossenschaft die Verwaltungsorgane und machte der Polizeibehörde von dem Resultat der Wahl, dem Comptoir, jemal davon Anzeige, daß am dritten Pfingstfeiertage die Thätigkeit beginnen würde.

Damit glaubten nun die Leute ihre Pflichten als Pflegebefohlene der hiesigen Polizei erfüllt zu haben, allein welcher beschränkte Unterthanenverstand kann die Tiefe polizeilicher Weisheit ermessen?

Am dritten Feiertage forderte die Polizei schriftliche Bezeichnung aller der Plätze, an welchen sich die Mitglieder der Genossenschaft aufstellen wollten, welchem Verlangen ihr am Mittwoch entsprochen wurde. Nachdem nun noch zu verschiedenen Malen dem Vorstand die Ehre zu Theil geworden war, der Polizei seine Aufwartung machen zu dürfen, entpuppte sich das Resultat ihrer Erwägungen endlich als die gestern der Genossenschaft von der Polizei dictirte Weisung, daß die Mitglieder sich nicht an solchen Stationen aufhalten dürfen, an denen Dienstmänner anderer Institute stehen, welcher Weisung zugleich die Drohung der Arretur hinzugefügt wurde.

Erwägt man nun, daß an allen irgend frequenten Plätzen, wo Aufträge zu erwarten sind, schon Leute stehen und wo Niemand steht, von einem Auftrage keine Rede sein kann, so ist man sich sofort klar darüber, daß mit dieser Verordnung den Genossenschaftsmitgliedern einfach die Möglichkeit benommen ist, ihr Brod zu verdienen, daß der Genossenschaft die Lebensluft abgeschnitten ist und man muß sich unwillkürlich fragen: sollen die Segnungen der Gewerbefreiheit nur den reichen Unternehmern zu Gute kommen, oder dürfen auch arme Arbeiter daran Theil nehmen?

Die Genossenschaft hatte nun keine weitere Aufgabe, als die allen Staatsangehörigen durch die Gewerbefreiheit garantirten Rechte zu wahren. Sie reclamirte sofort bei der Kreisdirection und erklärte dieser, sowie der Polizeidirection, daß ihre Leute ihr Brod suchen würden, wo sie es zu finden gedächten, und daß sie den polizeilichen Maaßnahmen ruhig entgegenstehen. Demgemäß stellten sie sich heute früh an den Plätzen, an denen sie früher als Mitglieder anderer Insti-

tute durch Pünktlichkeit und Steilität ihre Kunden erworben hatten, auf.

Endlich um 9 Uhr Vormittags setzte die Polizei ihre Macht in Bewegung und brachte dem Mitglied Schilde, der ruhig an der Ecke der Petersstraße stand, einen Begriff von ihrer väterlichen Fürsorge für das Wohl ihrer Schutzbefohlenen bei, indem sie ihn verhaftete und abführte.

Nachdem derselbe bloß 2 Stunden gewartet hatte, kam er nach 11 Uhr ins Verhör, erhielt die Weisung, daß er bei fernem Betreff wieder verhaftet und bestraft werden würde, und wurde entlassen. Ähnlich erging es mehreren andern Mitgliedern an demselben Tage und an den folgenden Tagen; und noch bis gestern ist dieses Verfahren von der Leipziger Polizei trotz aller Reklamationen fortgesetzt worden.

In dieser Weise weiß die Polizei die Gewerbefreiheit auf Arbeiter anzuwenden.

Wenn wir auch nicht erwarten, daß die Polizei die Sache der Arbeiter vertrete, müssen wir doch fordern, daß sie den Gesetzen nicht verschiedene Auslegung, je nach dem Besitzer, giebt.

Führt die Polizei ihre Drohungen aus, wer wäre denn Schuld, wenn die Arbeiter, die sie mit ihrem Verfahren quält und außer Brod setzt, endlich unwillig werden? Sollen wir erleben, daß sich die traurigen Dresdener Vorgänge auch bei uns wiederholen? Einstweilen ist die Entscheidung der Kreisdirektion abzuwarten.

Dem Publikum gegenüber bemerkten wir, daß die Genossenschaft gern bereit ist, Jedem, der sich über ihre Einrichtungen aufklären will, ein Exemplar der Statuten gratis zu überlassen, und können solche im Comptoir, Homanns Hof jederzeit in Empfang genommen werden.

Was schließlich das Verhalten der Presse betrifft, so sei mitgeteilt, daß die Leipziger Nachrichten ein Referat von unserer Seite zurückgewiesen und später ein sehr unrichtiges und gefärbtes Referat der hochblöblichen Gegenpartei aufnahmen. Noch feindseliger verhielt sich, wie immer gegen die Arbeiter, das Tageblatt: während es tagtäglich selbst den miserabelsten Quatsch mit der größten Wichtigkeit breittritt, hat es für diesen Akt der schreiendsten Bedrückung und der Verletzung der anerkanntesten Menschenrechte keine Zeile, kein Wort!

Volksversammlung der sozial-demokratischen Partei in Wien.

(Schluß.)

Hierauf hielt Oberwinder über den 2. Punkt der Tagesordnung, die Nationalitätenfrage, folgende Ansprache:

„Meine Herren! Der Nationalitätenstreit in Oesterreich ist noch immer ein Gegenstand lebhafter Erörterungen, sowohl in der Presse wie in den Vereinen. Unsere Partei hat bereits ihr Votum in dieser Frage in dem Manifeste des 4. Wiener Arbeitertages an das arbeitende Volk in Oesterreich abgegeben, und wenn wir heute diesen Gegenstand wiederholt einer Beratung unterziehen, so geschieht dies zunächst deshalb, weil derselbe in uns nabestehenden Kreisen neuerdings angeregt und erörtert wurde, und weil wir täglich innerhalb unserer Partei die Erfahrung machen, daß in jenen Ländern, wo der nationale Streit besteht und fortwährend genährt wird, unsere Agitation auf große Schwierigkeiten stößt, indem dort noch große Arbeitermassen unter dem Einflusse des Adels, des Klerus und ihrer Handlanger, der Führer der nationalen Parteien stehen. Dieser Einfluß macht sich nicht bloß da geltend, wo noch der Grundbesitz vorherrscht, er erstreckt sich sogar auf große Industriestädte, wie Brünn. Erst vor wenigen Tagen wurde uns aus dieser Stadt gemeldet, daß die Arbeiter slavischer Nationalität sich von den Bestrebungen der Sozial-Demokratie gänzlich ferne halten und daß sie in dieser Haltung beharrt werden durch die abmahnende Sprache ihrer nationalen Blätter. Zwar gibt es auch in Wien genug Zeitungen, welche unserer Sache feindlich gesinnt sind; aber hier laßt das Volk über die ohnmächtigen Tiraden der Sozialisten-Presse, weil hier die Arbeiter sich bereits tatsächlich von dem Einflusse der bevorrechteten Stände emanzipiert (befreit) haben. (Bravo.)

Wir Sozialisten stehen auf internationalem Standpunkte. In unserer Mitte befinden sich wackere Kämpfer für unsere Sache, die den verschiedensten Nationalitäten angehören: Czechen, Polen, Ungarn, Italiener u. s. f. Wir Alle sind der Ueberzeugung, daß die Nationalitätenfrage in dem Augenblicke gelöst ist, wo der sozial-demokratische Volksstaat eine Thatsache geworden ist. (Bravo.)

Unsere Aufgabe muß daher zuvörderst darin bestehen, daß wir dem Volke überall klar machen, daß seine Unterdrücker die nationale Be-

drückung nur dazu benötigen wollen, sich die Kasernen aus dem Feuer holen zu lassen. Wir müssen ferner, um jenen privilegierten Ständen den Boden unter den Füßen wegzuziehen, unser ganzes Streben darauf richten, in den Besitz möglichst vieler weltlichen Rechte zu gelangen. Wir müssen uns ein unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht und die unbeschränkte Pressefreiheit erringen, damit unsere Hauptforderung, das allgemeine direkte Wahlrecht, nicht eine Waffe werde gegen die Freiheit, eine Waffe in den Händen des Klerus, des Adels und der Bourgeoisie. Wir müssen auf die Beseitigung der stehenden Heere dringen, mit deren Hilfe das Volk überall niedergehalten wird. Wir müssen mit einem Worte die thatsächlichen Machtverhältnisse zu ändern suchen, denn diese sind die thätigwirkende Kraft, welche alle Gesetze und rechtlichen Einrichtungen dieser Gesellschaft so bestimmt, daß sie im Wesentlichen gar nicht anders sein können, als sie eben sind.

Die jetzigen Führer der nationalen Parteien haben solche Forderungen niemals gestellt. Die hervorragendsten Führer des deutschen Nationalvereines, wie die Herren Bennigsen und Braun, haben sich als Werkzeuge in der Hand eines Grafen Bismarck erwiesen, sie haben dem preussischen Absolutismus in die Hände gearbeitet. Die Heldenthaten czechischer Parteiführer, wie Kieger und Palacky, will ich übergehen, sie sind uns Allen bekannt. Ich will nur erwähnen, daß Herr Kieger um die Gunst eines Czaren und eines Louis Napoleon, also um die Gunst der beiden Todfeinde der Demokratie gebuhlt hat. In Polen ist die Revolution zum Theil an der kläglichen Sonderstellung des Adels gescheitert und in Ungarn hat die „neue Aera“ mit der Aufhebung der politischen Vereine begonnen. Ueberall werden wir darüber belehrt, daß das Volk erst dann Etwas erreicht, wenn es erst die Verhältnisse zu ändern sucht, ehe es an die Form denkt. (Lebhafter Beifall.)

Lernen wir doch von unseren Feinden. Sie haben sich immer ohne Unterschied der Nationalität verbunden, sobald es sich darum handelte, sich die Herrschaft zu sichern und dem Volke seine Rechte freitig zu machen. So hat der französische Adel gemeinsam mit den deutschen Fürsten das französische Volk, die französische Republik bekämpft. Die Völker werden erst dann zur Herrschaft gelangen, wenn sie sich ebenfalls ohne Unterschied der Nationalität gegen ihre Bedrücker vereinigen. (Lebhafter Beifall.)

Vieles ist in dieser Beziehung bereits geschehen. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Veränderung in den Besitzverhältnissen hat das Meiste dazu beigetragen. Die Bourgeoisie selbst, welche durch die französische Revolution zur Herrschaft kam, hat durch die Entfesselung des Kapitals die Welt revolutionirt, die Völker einander genähert. Ein solcher Umschwung ist in den sozialen Zuständen eingetreten, daß heute ein Krieg, sobald er sich zu einem europäischen gestaltet, unvermeidlich zur Revolution und zu einem Kampfe führt, bei dem schließlich die Völker das Schlachtfeld behaupten werden. Solche Ereignisse sind aber immerhin mit großen Nachtheilen für die Gesellschaft verknüpft, und es ist somit unsere Pflicht, ihnen dadurch vorzubeugen, daß wir den Bund der Völker immer mehr zu befestigen suchen und die nationalen Streitigkeiten unseren Feinden überlassen.

Ich beantrage nunmehr folgende Resolution:

„In Erwägung, daß der Nationalitätenstreit in Oesterreich die Fortentwicklung der sozial-demokratischen Partei wesentlich hemmt; in Erwägung, daß den nationalen Bestrebungen der slavischen Völker wohl ein innerer Freiheitsdrang zu Grunde liegt, derselbe jedoch von dem Klerus und dem Adel in falsche Bahnen gelenkt und dazu benützt werden soll, jenen bevorrechteten Ständen eine solche Selbstständigkeit zu verleihen, die es ihnen möglich macht, das Volk desto besser zu unterdrücken; in der Erwägung endlich, daß somit der Nationalitätenstreit in Oesterreich nichts weiter ist, als ein Kampf der Reaktion gegen den Fortschritt, erklärt die Versammlung vom 4. Mai im Anschluß an das Manifest des vierten Arbeitertages: Es ist Pflicht des Volkes, der nationalen Agitation überall den Rücken zu kehren, sich überall von der Beschränkung des Adels und des Klerus völlig zu befreien und mit aller Macht nach der Erlangung derjenigen Freiheiten zu ringen, welche in dem Programme der sozial-demokratischen Partei enthalten sind. Mit der Durchführung des Prinzips der Sozial-Demokratie ist die Nationalitätenfrage von selbst gelöst.“ (Bravo!)

Diese Resolution wurde, nachdem sich auch alle folgenden Redner, insbesondere Fischer und Mülberger, in demselben Sinne ausgesprochen, ebenfalls einstimmig angenommen, und der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Mahnung an Jeden, ununterbrochen in seinem Kreise für die gute Sache thätig zu sein. So verlief auch diese so riesige Versammlung in musterhafter Ordnung, ein neues Zeugniß für die Reife und Tüchtigkeit der sozial-demokratischen Arbeiter Wiens!